

Europa - Zweckgemeinschaft oder Herzensprojekt?

Wolfgang Kil, Architekturkritiker, 26. Mai 2020

Die Pandemie hat europäische Zustände unbarmherzig ausgeleuchtet. Krasser noch als während der „Flüchtlingskrise“ wurden im Alarmmodus existenzieller Not Verhaltensweisen sichtbar, Abschottungsreflexe, Rivalitäten, die bislang lieber verdrängt, ideologisch verbrämt oder von ernsthafter Diskussion gleich ganz ausgeschlossen waren. Dabei sind es doch gerade schmerzliche Wahrheiten, die klärender Auseinandersetzung bedürfen.

Soweit mein persönliches Erinnern zurückreicht, war mir Europa nie anders als eine hehre Idee erschienen. Über alle Misslichkeiten des deutschen Vereinigungsprozesses hinweg habe ich mich, wie so viele, immer wieder getröstet mit der Erwartung einer weiteren, höheren, inspirierenderen Perspektive – EUROPA! Etwas, wovon man träumen konnte. Eine Assoziation von besseren Menschen unter besseren Umständen, um das Schicksal unseres Planeten vielleicht doch noch zum Besseren zu lenken. War das naiv?

Und wann hat das aufgehört, dieses Träumen? Europa, das eigentlich idealistische Projekt, kam in der praktischen Durchführung zunehmend als undurchschaubare Normierungsinstanz und ökonomischer Umverteilungsmechanismus daher. Nicht erst beim Rasen schamloser Ressentiments angesichts der griechischen Finanznöte, schon am Umgang mit den „Neuzugängen“ der Ost- und Südosteuropäer wurde sichtbar, dass an die Stelle verbindender Herzlichkeit zunehmend Nützlichkeitsersparnis getreten ist. Der Staatenbund – nichts als ein Zweckverband?

Im Dezember vergangenen Jahres diskutierten Mitglieder unserer Akademie über „Utopie-Entwürfe 1989/1990 in Ost-Europa“, eine hochspannende Veranstaltung, von der mir eine Bemerkung besonders in Erinnerung geblieben ist: Nach Auffassung des ukrainischen Kollegen Jurko Prochasko sei es den Osteuropäern bei ihrem EU-Beitritt weniger um „europäische Ideale“ gegangen, in erster Linie wollten sie „einfach weg von Moskau“. Eine durchaus nachvollziehbare Motivation, die – nur mal ernsthaft in Betracht gezogen – manches Stottern im europäischen Motor erklären würde. Als von den „widerspenstigen“ Visegrád-Staaten Vergleiche zwischen Brüssel und Moskau als schuriegelnde Führungsinstanzen bemüht wurden, hätten bei Verfechtern der europäischen Einigung die Alarmglocken schrillen müssen: Eine von all ihren Bürgern erleb- und gestaltbare Union wird ohne intensive Arbeit an den diversen „Nationalen Fragen“ nicht wirklich zustande kommen. Die schroffe Zurückweisung jeder nationalstaatlichen Ambition, ihre Diffamierung als antiquiert oder gar destruktiv, geht an den Ausgangslagen und heutigen Realzuständen gar nicht weniger Mitgliedsländer schlicht vorbei.

Der Berliner Soziologe Wolfgang Engler hat dazu einige ernüchternde Einsichten notiert: „Die Kritik am ‚Vorpreschen‘ der Nationalstaaten, am neuen Isolationismus angesichts der Pandemie verwechselt Wunsch und Realität [...] Überlebenseinheiten im existentiellen Sinn des Wortes bilden auf absehbare Zeit WIR als Franzosen, Italiener, Spanier, Deutsche, WIR als Bayern, Sachsen, Mecklenburger, WIR als Münchner, Leipziger, Berliner etc., und eben weder als Europäer oder Weltbürger, seien es derer auch Hunderttausende. Der heimtückische

Erreger evaluiert die Intensität und Verlässlichkeit von Wir-Bindungen, und zwar unparteiisch.“ (Berliner Zeitung am 21. April 2020)

Die kindliche Zuversicht, nach der ausgiebiges Wünschen schon noch helfen wird, sollte nach den einschneidenden Erfahrungen der letzten Wochen ein Ende haben. Subsidiarität, das Handlungsprinzip eines weitgehend dezentralisierten „Europas der Regionen“ darf nicht bloß proklamiert, sondern muss in jeder aufkeimenden Problemlage neu durchdekliniert werden, in aller Offenherzigkeit. Die ideelle Verfasstheit unseres kontinentalen Nachbarschaftsvereins bedarf dringend einer Inventur. Einschließlich Selbstkritik! Um daraus womöglich Grundsätze zu destillieren für ein kulturelles „Vielvölker-Bündnis“, in dem unterschiedliche Herkünfte jeweils gleichen Respekt genießen und nationales Eigensein nicht als Querulantentum gilt.